68. Jahrgang. № 375 Mittwoch, 17. September 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30./9. 24 bei tägl. zweimal. Zustell. frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis f. Monat Septbr. 3 G.-M. Einzelnummer 10 G.-Pfg. | Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1spalt. 30 mm br. Zeile 30 ₰, ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰, außerh. 20 ₰, die 90 mm breite Reklamezeile 150 ₰, außerh. 300 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster · Flügel u. Pianos
Stammhaus Löbau (Sa.) – Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)
Kunstspiel-Flügel und Pianos
in höchster Vollendung,
sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüstlicher Solidität

Der Rückzug in der Außenpolitik.

Vertagung der Kriegsschuldnote bis zu einem geheimnisvoll angedeuteten Anlaß.

Erneuerung des Ruhrkohlensyndikats durch Verordnung des Wirtschaftsministers. — Tschang So Lins Vormarsch auf Peking.

Offiziöse Bestätigung der Vertagungsgerüchte

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Sept. Wie von unterrichteter Seite angegeben wird, bestehe nunmehr zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und dem Reichskanzler Marx Einigkeit darüber, daß die Notifizierung der Kriegsschulderklärung für den Augenblick nicht in Frage komme, weil die außenpolitische Situation ratsam erscheinen lasse, einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Das Reichskabinett werde sich am 23. September, wie bereits angekündigt, unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zwar nochmals mit der Notifizierungsfrage beschäftigen, werde danach aber formell erklären, daß die Absendung einer Note vorläufig nicht ins Auge gefaßt sei. Man werde auch in dieser Kabinettssitzung zum Ausdruck bringen, daß die Notifizierung nur zu einem geeigneteren Zeitpunkt stattfinden könne.

Rückzugsdeckung Stresemanns durch die „Zeit".

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Sept. Zu den Fragen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und der Notifizierung der Kriegsschulderklärung schreibt heute das Organ Stresemanns, die „Zeit": Die Regierung ist sich bei der großen Wichtigkeit der vom Völkerbund zu erwartenden Fragen wohl bewußt, daß die Mitwirkung im Völkerbund für die deutschen Interessen von großer Bedeutung sein kann, hält aber daran fest, daß der **Eintritt Deutschlands von der Erfüllung von Voraussetzungen abhängig ist, nämlich davon, daß man Deutschland eine Stellung als gleichberechtigte Großmacht sichert und daß man unter keinen Umständen an Deutschland die Forderung stelle, freiwillig eine erneute Anerkennung des Versailler Vertrages und der Kriegsschuldlüge zu vollziehen. Weiterhin dürfte das Kabinett einmütig der Auffassung sein, daß an der Erklärung des Reichskanzlers in bezug auf die Notifizierung der Kriegsschulderklärung festgehalten werde. Nachdem die Notifizierung nicht im Zusammenhang mit den Londoner Abmachungen erfolgt sei, müsse sie in Verbindung mit einem anderen tatsächlichen Anlaß geschehen, wobei es sich nur um eine absehbare Frist handeln könnte.** Es könnte unter diesen Umständen ein falscher Eindruck erweckt werden, wenn ein Berliner Blatt schreibe, daß die Kriegsschuldfrage mit dem Beschluß des Kabinetts einstweilen „erledigt" sei. Die Notifizierung dürfte vielmehr bei einem von der Regierung zu bestimmenden Anlaß erfolgen, der in absehbarer Frist gegeben sein werde.

Man wird aber jetzt, nachdem man erlebt hat, wie schnell Dr. Stresemann sich zurückziehen kann, solche Andeutungen sehr vorsichtig aufnehmen müssen. Heute widmet auch die „Kreuzzeitung" der Kapitulation Stresemanns einen langen Artikel, in dem es heißt, Stresemann habe seit seinem auffallend energischen Auftreten am Freitag den Rückzug auf die Linie sozialdemokratischer Erfüllungspolitik eingeleitet. Der „Vorwärts" habe demnach mit seinem Krisenartikel den sonst so wortfrohen Außenminister vollkommen eingeschüchtert. Die erste rückwärtige Stellung, die Dr. Stresemann bezogen habe, befinde sich in der Linie, die der Reichskanzler eingehalten wissen wolle. **Wenn man sich nunmehr im Kabinett wieder geeinigt haben sollte, so sei das nur möglich gewesen, dadurch, daß man sich von dem Schwergewicht der Sozialdemokratie habe nach links ziehen lassen und nunmehr beginne, Konzessionen an die von der Sozialdemokratie gewünschte Politik zu machen.**

Dr. Stresemann stehe auf gefährdetstem Posten. Er habe sich, als er um die Früchte seiner Außenpolitik bangte, zu weit nach rechts vorgewagt und sei den Deutschnationalen gegenüber durch seine Partei Bindungen eingegangen, die verhinderten, daß die Sozialdemokratie sofort zu den brennend erhofften Neuwahlen kam. Diesen Strich, den Stresemann und seine Partei in erster Linie durch die sozialdemokratische Rechnung machten, habe man dem Außenminister nicht verziehen. Was jetzt alles über die Notifizierung der Kriegsschulderklärung gesagt werde, sei nur als verzweifelte Ausrede aufzufassen, die niemand ernstnehmen könne und die höchstens den Eindruck erwecke, als ob man den Widerruf ad calendas graecas vertagen wolle.

Reichstagszusammentritt nicht vor dem 15. Oktober

Berlin, 16. Sept. Der Reichstag wird, wie nunmehr feststeht, vor dem 15. Oktober nicht einberufen, falls nicht Ereignisse eintreten sollten, die einen früheren Zusammentritt notwendig machen. In parlamentarischen Kreisen wird noch darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in der Frage der **Kriegsschuldlüge** und des **Beitritts Deutschlands zum Völkerbund irgendwelche Entscheidungen nicht treffen werde, bevor der Reichstag wieder zusammengetreten sei.**

Der Südtiroler und Sudetendeutschen Not.

Minderheiten-Elend.

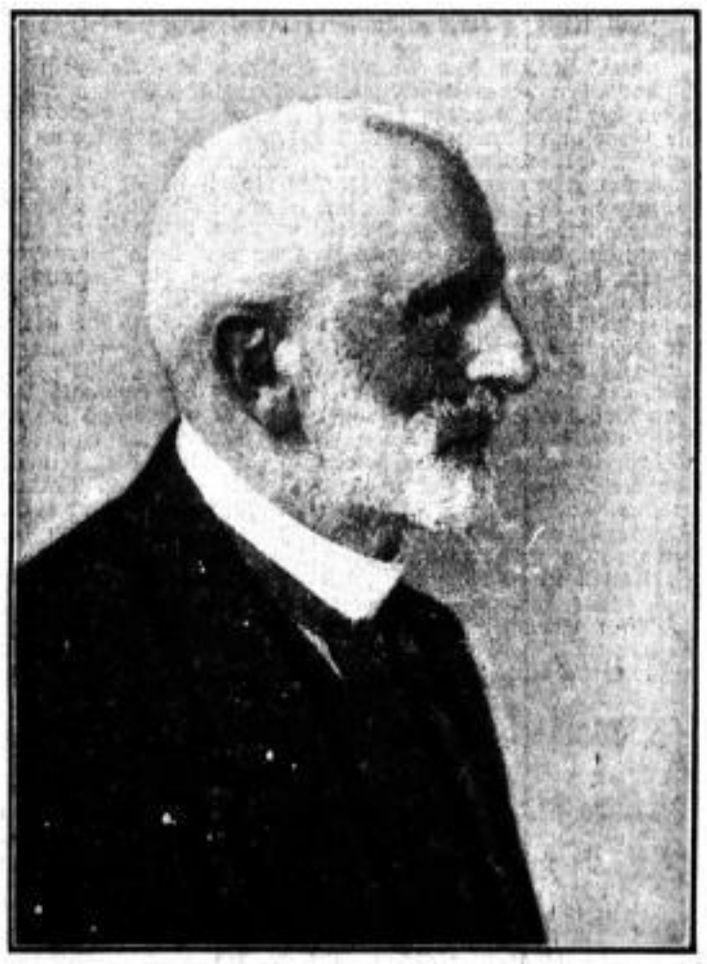
Das männlich mutige Auftreten des Grafen Apponyi in Genf zugunsten der bedrückten und entrechteten nationalen Minderheiten vor den versammelten Mitgliedern des Völkerbundes findet in der deutschen Presse allgemein zustimmende Bewunderung. Sogar der „Vorwärts" stellt fest, daß der kühne, ritterliche Magyare nicht bloß das Ansehen seines eigenen Landes gehoben, sondern den Interessen aller besiegten Staaten genützt habe. In diesem Falle kann sich der „Vorwärts" eine solche rückhaltlose Anerkennung leisten, weil es sich um einen Ungarn handelt. Wäre dagegen ein deutscher Staatsmann oder Politiker von der Rechten ähnlich vorgegangen, dann hieße es natürlich: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!" Dann hätte man im sozialdemokratischen Lager Zetermordio über Gefährdung des Völkerbundes und Störung der Völkerversöhnung geschrien. Die Ungarn sind besser daran. Ein Graf Apponyi kann frei von der Leber weg reden, ohne fürchten zu müssen, daß ihn eine pazifistisch-sozialistische Meute anfällt und das nationale Edelwild zur Strecke zu bringen sucht. Die Worte des ungarischen Magnaten haben einen ehernen Klang. Sie wecken ein mächtiges Echo überall, wo vergewaltigte nationale Minderheiten unter fremdem Drucke seufzen; vor allem auch da, wo die Herzen deutscher Stammesbrüder in heißer Sehnsucht dem Tage entgegenschwellen, der sie von ihrer Not erlösen und sie wieder frei machen soll als Glieder der großen Germanenfamilie. Durch das Versailler Gewaltdiktat sind der deutschen Rasse Bestandteile entzogen, die ihr seit einem Jahrtausend zugehörten. Das ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit, die auch von einsichtigen Ausländern klar erkannt wird; so hat noch dieser Tage der Londoner „Observer" erklärt, kein Kenner der mitteleuropäischen Verhältnisse könne ernstlich glauben, daß die getrennten Deutschstämmigen für immer an die jetzt geltenden Bestimmungen gebunden werden könnten. Aller dieser Mitbrüder müssen wir treu gedenken, wenn wir auch selbst schwere Lasten zu tragen haben. Wir dürfen nicht aufhören, sie, die auf uns hoffen und harren, fühlen zu lassen, daß unsere Herzen bei ihnen sind, und daß ihr Wohl und Wehe uns in tiefster Seele berührt.

Schutz der nationalen Minderheiten! Ein schönes, edles, glorreiches Wort, ein wahrhaft kultureller und menschenwürdiger Gedanke! Ein Völkerbund, der es sich angelegen sein ließe, nach dieser Richtschnur zu handeln, würde sich fest im Boden der Menschheitsentwicklung einwurzeln und die höchste Achtung in der Welt genießen. Wie sehr aber hat er gerade auf diesem Gebiete enttäuscht, wie schmählich hat er hier seine Pflichten vernachlässigt! Ein besonders drastisches Beispiel für das völlige Versagen des Völkerbundes gegenüber den schutzbedürftigen Minderheiten bietet sein Verhalten gegen die Sudetendeutschen in der Tschechei und gegen die Südtiroler Deutschen.

Die Sudetendeutschen bewohnen mit ihren 3½ Millionen Seelen ein Gebiet, das noch etwas größer ist als Dänemark und fast so groß wie die Schweiz. Dazu haben sie eine alte Kultur, die ihnen zusammen mit ihrer räumlichen Ausdehnung vollen Anspruch auf ein selbständiges Staatsgebilde gäbe. Der Versailler Vertrag aber hat sie unter schnöder Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes gewaltsam in den Tschechenstaat hineingepreßt, und dort sind sie nun einer planmäßigen Entrechtung preisgegeben. In erster Linie gilt der tschechische Vernichtungskampf der deutschen Sprache. Das Gemeinsame, das alle Deutschen verbindet, ist die Sprache; mit ihr steht und fällt das Deutschtum. Wer sie verliert, kann wohl Sympathien und Interessen für das deutsche Volkstum behalten, aber er kann nicht mehr deutsch denken und fühlen. Eine unermeßliche Welt geistiger und sittlicher Werte geht ihm verloren, gerade die Welt, um derentwillen wir uns zum Deutschtum bekennen. Dieses kostbarste nationale Gut sucht der Tschechenstaat dem Deutschtum durch eine rücksichtslos tschechisierende Schulpolitik zu rauben. Gleichzeitig wird der Beamtenkörper, soweit noch deutsche Elemente darin vertreten sind, auf das schwerste drangsaliert, um jedem Deutschen die Lust, dem tschechischen Staate unter Aufrechterhaltung deutscher Sprache und Gesinnung zu dienen, gründlich zu verleiden, und im Parlament werden die 72 deutschen Abgeordneten durch eine raffiniert ausgeklügelte Geschäftsordnung so gut

Freiherr v. Wangenheim 75 Jahre.

Voll Stolz und Dankbarkeit schaut das gesamte Landvolk auf seinen Führer Konrad Frhr. v. Wangenheim, der am 17. September sein 75. Lebensjahr vollendet. Nur auf einige Marksteine aus dem an selbstloser Arbeit überreichen Wirken dieses hervorragenden Mannes kann hier hingedeutet werden. In seinem Hause in Klein-Spiegel war es, wo der Gedanke zur Gründung eines Bundes der Landwirte zum Leben erwachte. Seit 1899 hat er dann in idealer Arbeitsgemeinschaft mit dem unvergeßlichen Dr. Rösicke als Vorsitzender die Entwicklung des B. d. L. führend beeinflußt. Schon im Kriege warb er für den Gedanken der Sammlung des ganzen Landvolkes; bereits 1916 trat er für Aufnahme der Landarbeiter in die Landwirtschaftskammer ein. Der Zusammenschluß der Landwirtschaft zu einem wirklich machtvollen Verbande ist ihm „höchste Pflicht zum Wohle des Vaterlandes", und „der erste Schritt zu Deutschlands Erneuerung"! In seiner vornehmen Sachlichkeit über den Parteien stehend, weitete sich ihm der Landvolkgedanke zum Gedanken der Gemeinschaft aller schaffenden Stände.

Das Vertrauen seiner Berufsgenossen hat ihn an die Spitze der Pommerschen Landwirtschaftskammer, des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Reichsausschusses der Deutschen Landwirtschaft gestellt. Die Universität Göttingen verlieh ihm 1921 den Ehrendoktor-Titel wegen seiner von Freund und Feind anerkannten Verdienste auf dem Gebiete der Moorkultur und Innensiedlung. Der „Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche", in dem er seit Jahrzehnten bahnbrechend wirkt, ist ja auch seine eigenste Schöpfung, deren Segen noch kommende Geschlechter spüren werden.

Im Berliner Reichslandbund-Haus hängt ein Bild von Freiherrn v. Wangenheim, das unter dem markigen Namenszug als persönlichste Losung die Worte trägt: „Fest und treu!" Treffender läßt sich das Wesen des Altmeisters der Landwirtschaft nicht kennzeichnen. All die Tausende, die das Band der Landvolksgemeinschaft umschlingt, beseelt der innige Wunsch: Möge Freiherr v. Wangenheim noch lange in voller Rüstigkeit wirken können, seinen Berufsgenossen ein feuerndes Beispiel, seinem Volk das leuchtende Vorbild eines aufrechten, [illegible] Mannes.